

Vision mit Konfliktpotenzial

Mit dem Zukunftsprojekt Morgenrot sollen neue Jobs entstehen und Quedlinburg eine Einnahmequelle erhalten. Neben vielen Fragen und Sorgen gibt es auch Ablehnung.

VON PETRA KORN

QUEDLINBURG/MZ. Quedlinburgs Welterbestatus soll durch das Zukunftsprojekt Morgenrot nicht in Gefahr gebracht werden. Das hat Oberbürgermeister Frank Ruch (CDU) bekräftigt: Gelinge es nicht, eine Einigung mit der Unesco und dem Welterberat Icomos hinzubekommen, „dann lassen wir das Projekt sterben“, so Ruch. Doch er sei „optimistisch“, dass es gelinge, einen Kompromiss zu erreichen.

Das Projekt möchte die Morgenrot-Lüder-Getec-Gruppe zwischen Quedlinburg bis Morgenrot und weiter in Richtung Gemarkungsgrenze umsetzen. Es soll einen Industrie- und einen Energiepark miteinander verbinden, wobei Unternehmen vor Ort erzeugter grüner Strom zur Verfügung gestellt und Abwärme aus dem Industriepark für die kommunale Wärmeversorgung genutzt werden soll. Zugleich soll es weiter Landwirtschaft geben. Die Stadt soll vom Projekt durch Einnahmen etwa bei der Gewerbesteuer profitieren.

Doch es ist umstritten: So war der Welterbestatus eine der Fragen, die durch Einwohner in einer zum Zukunftsprojekt einberufenen Versammlung immer wieder thematisiert und - neben den geplanten Windrädern - auch als Grund genannt wurde, das Projekt abzulehnen. Die Stadt hat das Büro von Michael Kloos, der auch als Professor im Bereich Sicherung und nachhaltige Entwicklung historischer Stadt- und Kulturlandschaften lehrt, beauftragt, die Weltbeverträglichkeit zu prüfen. Dafür werden die vorgesehenen Gebäude, Windkraft- und Photovoltaikanlagen - „drei verschiedene Prüfgegenstände“ - daraufhin untersucht, ob sie die besonderen Attribute betreffen, wegen derer Quedlinburg Welterbe geworden ist, erklärte Kloos. „Die Unantastbarkeit der Welterbestätte muss gewährleistet bleiben.“ Für die Prüfungen würden auch Visualisierungen erstellt, Sichtachsenanalysen geprüft. Und „man muss sehr weit hinausschauen“, verwies Kloos auf das Wartensystem der Stadt. Sein Gutachten soll im Februar 2026 vorliegen.

Deutlich gemacht wurde durch Einwohner die Sorge, dass es am Ende nur Photovoltaik und Windräder gebe, sich aber kein Unternehmen angesiedelt habe. Zudem wurde gefragt, in welchen Unternehmen die avisierten 1.000



Genutzt wurde auch die Möglichkeit, im Anschluss an die Einwohnerversammlung an vier Infopunkten mit Vertretern der mit Untersuchungen beauftragten Büros oder der Investoren ins Gespräch zu kommen.

FOTO: KORN

Arbeitsplätze entstehen sollten. Die Investorengruppe habe Anfragen von rund 100 Unternehmen aus verschiedenen Branchen, sagte Getec-Geschäftsführer Marcel Schöbel. Der Energiepark habe eine „dienende Funktion für den Industriepark“, erklärte Frank Ruch. So werde etwa vertraglich geregelt, dass nur so viele Windräder zulässig seien, wie auch für den Industriepark benötigt würden. Er verwies zudem darauf, dass das Zukunftsprojekt dort entstehen sollte, wo direkt angrenzend in den Nachbarkommunen laut Regionaler Entwicklungsplanung Windenergieläden ausgewiesen seien.

In Sachsen-Anhalt gebe es aktuell sehr wenig Standorte mit Gewerbeflächen über 15 Hektar, Mor-

genrot wäre aus Landessicht „super“, sagte Andrea Voss von der Investitions- und Marketinggesellschaft des Landes. Zu den Aufgaben der IMG gehöre, Unternehmen für eine Ansiedlung zu akquirieren. Dabei werde genau hingesehen - „Sie können sicher sein, dass wir sehr hohe Qualitätsmaßstäbe setzen“ - und auf die Schaffung einer ausgeglichenen Branchenstruktur geachtet. Bei einem Industriegebiet von 350 Hektar halte sie 1.000 Arbeitsplätze für „durchaus realistisch“, so Voss.

Sorge gibt es unter den Einwohnern wegen der Windkraftanlagen aber auch um die Vögel: So sei das Harzvorland das größte Rotmilan-gebiet, und der jährliche Kranichzug führe am Osthartz-Rand

entlang: 40.000 Kraniche „fliegen alle auf die Windkraftanlagen zu“. Zu diesem Thema werde ebenfalls ein Gutachten erstellt, sagte Marcel Schöbel. Untersucht würden ebenso Schall- und Schattenbelastung, wenn genau feststehe, wo Windräder errichtet werden sollen. Exakte Standorte würden erst mit dem weiteren Verfahren festgelegt.

Landrat Thomas Balcerowski (CDU) erinnerte daran, dass bislang nur ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan für den Industrie- und Energiepark gefasst, die Verfahren noch am Beginn seien, in deren Verlauf Stellungnahmen etwa auch der Naturschutzverbände eingeholt werden. Er machte aber ebenso deutlich, dass im Harz neue Industrie angesiedelt werden müsse und das Projekt eine Chance für die Stadt sei, eigene Einnahmen zu erzielen und die eigenen Bürger in Lohn und Brot zu bringen.

Frank Ruch griff den Vorschlag aus der Einwohnerschaft auf, eine weitere Versammlung einzuberufen, wenn mehr Informationen vorlägen. Das werde er vor einer abschließenden Beschlussfassung tun, spätestens Ende des ersten Quartals 2026, so Ruch.

„Sie können sicher sein, dass wir sehr hohe Qualitätsmaßstäbe setzen.“

Andrea Voss, Investitions- und Marketinggesellschaft

„Die Unantastbarkeit der Welterbestätte muss gewährleistet bleiben.“

Michael Kloos, Prüfungsbeauftragter